

Erklärung des Innenministers

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 29. November 2017, 11:00

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, werte Kolleginnen und Kollegen, ich erteile das Wort dem Föderationsminister für Inneres, Verteidigung und Justiz, Heilfried Drachensteiner. Er gibt eine Erklärung zu der Übung der Sicherheitskräfte und des Katastrophenschutzes in der Messehalle ab.

Beitrag von „Heilfried Drachensteiner“ vom 29. November 2017, 14:43



Der hochgewachsene, kahlköpfige Minister eilt strammen Schrittes mit einer dünnen Aktenmappe in der Hand zum Rednerpult.

Meine Damen und Herren, Abgeordnete des Turanischen Volkes! Am 6. November startete auf meine Anweisung hin die "Aktion Ernstfall", eine großangelegte Übung der staatlichen Sicherheitskräfte, des Katastrophenschutzes und der Föderationsstreitkräfte. Sinn und Zweck der Übung auf dem Gelände der Turaner Messe und insbesondere in der Messehalle war die möglichst realitätsnahe Simulation eines terroristischen Angriffs mittels Gas auf unvorbereitete Zivilisten, um daraus Lektionen für das Vorgehen bei einem eventuellen realen Angriff ziehen zu können.

Diese Ausgangslage machte es nach Ansicht des Planungsstabs, dem ich selbst nicht angehörte, unabdingbar, einen kleinen Teil der Messebesucher in die Übung einzubeziehen. Bedauerlicherweise unterschätzte der Planungsstab offenbar die Wirkung des eingesetzten Reizgases. Mir wurde mehrfach versichert, der Stoff könne - erst recht in der beabsichtigten geringen Dosierung - von den Messebesuchern lediglich als unangenehmer Geruch wahrgenommen werden. Dies sollte bei den betroffenen Personen beileibe keine Panik auslösen, wie das in der Presse zu hören war, sondern sie lediglich dazu bewegen, den unmittelbaren Einsatzort zu verlassen, um die eintreffenden Einsatzkräfte mit dem Problem einer größeren, ungesteuert davonlaufenden Menschenmasse zu konfrontieren - ganz so, wie dies im Falle eines realen Angriffs auch zu befürchten wäre.

Dass hinsichtlich des eingesetzten Reizstoffs oder der Dosierung offenbar ein Fehler gemacht wurde, tut mir aufrichtig leid. Ich habe sofort, als der Vorfall bekannt wurde, eine gründliche Untersuchung angeordnet. Glücklicherweise haben wir keine ernstzunehmenden gesundheitlichen Probleme bei den betroffenen Messebesuchern zu verzeichnen: Mir liegen Meldungen über sieben Personen mit Atemwegsreizungen und vier Personen mit behandelten

Angstzuständen vor. Dennoch wird die Untersuchung ohne jede Schonung durchgeführt. Wer auch immer für die gemachten Fehler verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen werden. Unabhängig davon bietet das Föderationsinnenministerium allen Betroffenen, die sich binnen eines Monats melden, neben meiner persönlichen Entschuldigung eine Wiedergutmachungszahlung in Höhe von einmalig 4000 Tura an.

Beitrag von „Friedbert Karlsson“ vom 29. November 2017, 14:50



Ex-Minister Karlsson hört das und glaubt kein Wort...

Beitrag von „Thor Odinson“ vom 29. November 2017, 15:16

Herr Drachensteiner, Sie können doch nicht allen Ernstes behaupten, eine Halle mit tausenden Besuchern aller Altersgruppen mit Reizgas - welchem überhaupt - zu fluten, sei eine kleine "bedauerliche Fehleinschätzung". Dass Sie überhaupt unbeteiligte Messebesucher in ihre Übung einbeziehen ist schon ein Unding ohnegleichen.

Um die Besucher aus der Halle zu vetreiben hätte der Geruch des Riesenhaufens Mist, den Sie und ihr Planungsstab da verzapft haben, allemal gereicht. Dass dieser "Ernstfall" nicht in einem gigantischen Desaster geendet hat ist reines Glück. Sie haben mit voller Absicht Leib und Leben etlicher Menschen aufs Spiel gesetzt.

Beitrag von „Heilfried Drachensteiner“ vom 29. November 2017, 15:28

Diese Vorwürfe, *Herr Kollege* Odinson, entbehren jeder Grundlage. Ich werde nicht zulassen, dass Sie diesen bedauerlichen Vorfall zur politischen Propaganda gegen mich oder mein Ministerium missbrauchen! Niemand hat eine Halle mit tausenden Besuchern mit Reizgas "geflutet". Niemand hat Menschenleben aufs Spiel gesetzt. Zu *keiner Zeit* bestand irgendeine Gefahr für Leib und Leben der Besucher. Das wird Ihnen jeder Mediziner per Gutachten bestätigen können. Wieso es dennoch in einigen Einzelfällen zu Atemwegsreizungen kommen konnte, wird gegenwärtig untersucht. Sollten sich einzelne Personen oder Dienststellen, die an der Vorbereitung beteiligt waren, grob fahrlässig verhalten haben, so wird dem mit dem Straf- und Disziplinarrecht begegnet, wie es sich für einen Rechtsstaat gehört.

Beitrag von „Thor Odinson“ vom 29. November 2017, 15:48

Und was wäre nun passiert, wenn ein kleines Kind oder jemand mit Atemwegserkrankungen das Gas eingeatmet hätte? Ihre Entscheidung, unbeteiligte und uninformierte Bürger in ihre Übung einzubeziehen ist grundsätzlich nicht vertretbar.

Beitrag von „Friedbert Karlsson“ vom 29. November 2017, 16:08

Herr Minister Drachensteiner,

allein die Tatsache, dass ein Mittel verwendet wurde, das bei falscher Dosierung gefährlich werden kann, ist äußerst bedenklich. Dass Sie davon wussten macht es um so schlimmer. Unentschuldigbar wird es, wenn unbeteiligte als Versuchskaninchen missbraucht werden. Aus einer, wie Sie es nennen "größeren, ungesteuert davonlaufenden Menschenmasse" kann ganz schnell eine Panik entstehen. Das Risiko schwingt IMMER mit, das können Sie gar nicht steuern. Das Davonlaufen ist ja von vornherein ungesteuert und größer.

Von den physischen Schäden einmal abgesehen, die Psychologie haben Sie ganz grundsätzlich NIE unter Kontrolle. Sie wissen folglich auch nicht was da noch Tage und Wochen später an Traumata nachkommt. Sie KÖNNEN es auch gar nicht wissen. Das Risiko, dass Sie als Staat hier eingehen ist inakzeptabel. Allein die Tatsache dass Sie als oberster Dienstherr den Einsatz nicht verhindert haben, rechtfertigt Ihren Rücktritt.

Beitrag von „Heilfried Drachensteiner“ vom 29. November 2017, 16:40

Ich habe mir nichts vorzuwerfen, was einen Rücktritt rechtfertigen würde. Wenn ich mir etwas vorzuwerfen habe, dann die Tatsache, dass ich die Beteuerungen des Planungsstabs, Zivilisten könnten nicht zu Schaden kommen, zu leichtgläubig hinnahm. Gleichwohl bin ich politisch für die Fehler der mir unterstellten Dienststellen verantwortlich. Ich werde mich aber gewiss nicht durch einen Rücktritt feige davonstehlen, sondern vielmehr aktiv an der Aufklärung des Vorfalls mitwirken.

Beitrag von „Friedbert Karlsson“ vom 29. November 2017, 19:47

Sollten Sie das nicht denjenigen überlassen die von vornherein erkannt hätten was geschehen würde? Sie hatten ja wenn ich Sie richtig verstehe von Beginn an vor das Volk ungefragt in die Übung miteinzubeziehen. Das können Sie nicht nach unten abschieben. Es ist Aufgabe einer Regierung, so etwas zu verhindern, nicht es durch Tun oder Unterlassen zu fördern.

Beitrag von „Markus Freinberger“ vom 29. November 2017, 21:06



Beobachtet die PK des Innenministers.



En num da Dieu!, In Gottes Namen! Sie die Bonzen in Turan komplett ausgerastet?! Ich denke es ist Zeit Brandstäter zu rate zu ziehen....

Beitrag von „Barnabas Vúlkan“ vom 18. März 2018, 13:17

Herr Präsident, ich beantrage eine Untersuchung des Vorfalls durch die Nationalversammlung.

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 18. März 2018, 20:44



Schickt eine Kurznachricht ins Büro. Bittet um zeitnahe Vorlage aller Unterlagen zu den Ereignissen.

Beitrag von „Sigrid Sigurdsdottir“ vom 20. März 2018, 22:45

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 21. März 2018, 10:09

Kollege Vúlkan, nachdem nun die neue Nationalversammlung [konstituiert ist](#), gebe ich Ihrem Antrag statt. Sie haben das Wort.

Beitrag von „Lars Thomasson“ vom 26. März 2018, 13:40



überlegt, ob er das Brot tanzen soll bevor der Herr Minister beginnt zu referieren

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 7. April 2018, 23:18

[Zitat von Heilfried Drachensteiner](#)

Dennoch wird die Untersuchung ohne jede Schonung durchgeführt. Wer auch immer für die gemachten Fehler verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen werden. Unabhängig davon bietet das Föderationsinnenministerium allen Betroffenen, die sich binnen eines Monats melden, neben meiner persönlichen Entschuldigung eine Wiedergutmachungszahlung in Höhe von einmalig 4000 Tura an.

Das ist ja – ohne die bereits genannten Punkte zu wiederholen – ja schön und gut, bislang aber nur Prosa. Wie lauten denn die Ergebnisse der „schonungslosen Untersuchung“ und welche Konsequenzen ziehen Sie jetzt aus dem Vorfall?

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 8. April 2018, 07:56

Herr Präsident,

wollen wir noch auf Herrn Vólkan warten?

Hochverehrte Kollegin,

als Zuständiger des Ressorts Inneres und Justiz stehe ich Ihnen zur Verfügung.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 8. April 2018, 08:51

[Zitat von Heinrich Abeken](#)

Hochverehrte Kollegin,

als Zuständiger des Ressorts Inneres und Justiz stehe ich Ihnen zur Verfügung.

Werter Herr Minister, dann nehmen Sie meine Fragen gern zum Anlass einer Beantwortung ebenselber. 😊

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 8. April 2018, 19:20

Wohlan...

Die vormalige Regierung hat im Innenministerium bereits eine innere Untersuchung eingeleitet. Mir wurde geschildert, dass die Wirkung des Stoffes falsch eingeschätzt und damit für den Einsatz freigegeben wurde, obwohl dies nach heutigem Kenntnisstand anders entschieden würde. Innerhalb des Innenministeriums wurde zunächst ein Referatsleiter mit dienstrechtlichen Maßnahmen gerügt. Zudem konnte unter meinem Amtsvorgänger die Auszahlung der symbolischen Wiedergutmachung i. H. v. 4000 Tura für jede betroffene Person bereits im Januar 2018 abgeschlossen werden. Die Frist zur Anmeldung wurde zuvor bereits verlängert. Nach den mir vorliegenden Berichten haben sich ca. 20 betroffene Personen gemeldet.

Nichts desto trotz habe ich die Abteilung I angewiesen, die Untersuchungen fortzuführen. Ich

möchte die Strukturen so gestalten, dass unter einer ständigen konstruktiven Kritik aus allen Stellen innerhalb und außerhalb, ein Klima der Fehlerakzeptanz und Fortentwicklung gibt.

Kurzum: Das darf zukünftig nicht mehr passieren. Der Einsatz von reizenden Stoffen bei Übungen mit ehrenamtlichen Helfern ist untersagt.

Unter gewissen Umständen, insbesondere der Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten, kann ein Einsatz jedoch notwendig sein. Jedoch unter höchstmöglichem Schutz und ohne Beteiligung der Bevölkerung.

Darüber wird bezüglich der hier beschriebenen Ereignisse und deren Folgen von Amts wegen Strafanzeige gegen unbekannt gestellt, um eine mögliche strafrechtliche Relevanz zu prüfen. Sie sehen, die Föderationsregierung geht offen und Fehler akzeptierend damit um.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 8. April 2018, 21:26

Sie reden hier von ehrenamtlichen Helfern. Geht es aber nicht gerade um "ehrenamtliche Helfer", die von ihrem Glück, dieses Ehrenamt auszuüben, überhaupt nichts wussten? Wenn sich jemand freiwillig für eine solche Übung meldet und dann etwas schiefgeht, mag das ja die eine Sache sein, aber wenn er ohne etwas zu wissen nur zur falschen Zeit am falschen Ort war, ist das eine ganz andere.

Hält die Regierung es für richtig, Unbeteiligte und Uneingeweihte in Übungen einzubauen, und wird das auch zukünftig so fortsetzen?

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 8. April 2018, 21:42

[Zitat von Heinrich Abeken](#)

Nichts desto trotz habe ich die Abteilung I angewiesen, die Untersuchungen fortzuführen. Ich möchte die Strukturen so gestalten, dass unter einer ständigen konstruktiven Kritik aus allen Stellen innerhalb und außerhalb, ein Klima der Fehlerakzeptanz und Fortentwicklung gibt.

Wie lang sollen diese Untersuchungen noch dauern? Präsentieren Sie die Ergebnisse dann auch öffentlich?

Zitat von Heinrich Abeken

Darüber wird bezüglich der hier beschriebenen Ereignisse und deren Folgen von Amts wegen Strafanzeige gegen unbekannt gestellt, um eine mögliche strafrechtliche Relevanz zu prüfen. Sie sehen, die Föderationsregierung geht offen und Fehler akzeptierend damit um.

Da Sie sicherlich zu laufenden strafrechtlichen Ermittlungen keine Stellung nehmen werden, interessiert mich wenigstens, a) wer b) wann die Anzeige c) wegen welchen Straftatbestands erstattet hat. Welche Staatsanwaltschaft ist mit den Ermittlungen betraut?

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 8. April 2018, 23:02

Herr Abgeordneter Henriksson, vielen Dank für Ihren Redebeitrag.

Wen anderes als Ehrenamtliche wollen Sie denn in Übungen dafür einsetzen?

Ob und inwieweit Personen ohne vorherige Kenntnis und/oder gegen ihren erklärten Willen an der Übung teilnahmen, werden die interne Untersuchung und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergeben. Wenn Sie verwertbare Erkenntnisse hierzu haben, bitte ich Sie diese der dann zuständigen Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Und ich möchte hinzufügen, dass die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Turanien laufend weiter Übungen durchführen. Das Innenministerium untersagt die Teilnahme von unbeteiligten Personen, welche weder ohne Kenntnis, noch gegen ihren erklärten Willen an der Einsatzübung teilnehmen.

Frau Abgeordnete Droste,

bitte haben Sie Verständnis, dass ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt keine Dauer für die interne Untersuchung nennen kann. Die wird mit offenem Ziel geführt. Wenn die Dauer festgelegt wäre, was sie nicht ist, würde ich dem Ergebnis vorgreifen. Das werde ich tunlichst unterlassen. Die Ergebnisse werden dann natürlich hier veröffentlicht.

Zu Ihren weiteren Fragen:

a) der Minister für Inneres

b) zeitnah

und c) wegen aller in Betracht kommenden Straftatbestände; Dies überlasse ich unseren hervorragenden Staatsanwälten, dies hinreichend zu prüfen und zu bestimmen. Auch hier möchte und werde ich weder Vorgaben machen, noch vorgreifen oder gar werten.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 8. April 2018, 23:11

Zitat von Heinrich Abeken

b) zeitnah

Wenn die Anzeige bereits erstattet worden ist, wird doch ein konkretes Datum zu nennen sein?

Zitat von Heinrich Abeken

und c) wegen aller in Betracht kommenden Straftatbestände; Dies überlasse ich unseren hervorragenden Staatsanwälten, dies hinreichend zu prüfen und zu bestimmen. Auch hier möchte und werde ich weder Vorgaben machen, noch vorgeifen oder gar werten.

Und die Juristen in Ihrem Hause konnten das bislang nicht irgendwie eingrenzen, was Sie dem hohen Hause mitteilen können? Das heißt, sie lassen im Zweifel auch wegen Hochverrats, religiöser Beschimpfung und Steuerhinterziehung ermitteln? „In Betracht“ kommt kommt doch erst einmal das ganze Ballett des Strafrechts, sonst wäre nicht von einer Straftat auszugehen. Das klingt doch recht abenteuerlich.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 8. April 2018, 23:23

Zitat von Heinrich Abeken

Ob und inwieweit Personen ohne vorherige Kenntnis und/oder gegen ihren erklärten Willen an der Übung teilnahmen, werden die interne Untersuchung und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergeben. Wenn Sie verwertbare Erkenntnisse hierzu haben, bitte ich Sie diese der dann zuständigen Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Ich entnehme das den Erklärungen des Ministers Drachensteiner. Meinen Sie, dass ich in diesem Fall einem Missverständnis aufsitze?

Abgesehen davon hielte ich es für ein Armutszeugnis, wenn nach einem halben Jahr tatsächlich noch nicht mit hinreichender Sicherheit gesagt werden könnte, welche Personen freiwillig oder unfreiwillig an der Übung teilgenommen haben.

Zitat

Das Innenministerium untersagt die Teilnahme von unbeteiligten Personen, welche weder ohne Kenntnis, noch gegen ihren erklärten Willen an der Einsatzübung teilnehmen.

Danke für diese Klarstellung.

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 8. April 2018, 23:31

Ich wiederhole mich, die Strafanzeige wird zeitnah von Amts wegen erfolgen.

Ihre nur halbherzig versteckte Kritik an den Mitarbeitern meines Hauses weise ich zurück.

Zudem trifft Ihre Äußerung mehrfach nicht zu. Nicht ich lasse ermitteln. Ein Staatsanwalt oder mehrere Staatsanwälte ermitteln oder lassen ermitteln. Der Innenminister ist keine Strafverfolgungsbehörde. Zudem wird bei einer Strafanzeige "wegen aller in Betracht kommenden Delikte" keineswegs frei heraus wegen aller Straftatbestände ermittelt. Es ermöglicht der Staatsanwaltschaft von Anfang an offen in alle möglichen, und in Betracht kommenden Richtungen zu ermitteln. Wenn sich heraus stellt, das der Tatbestand einer Steuerhinterziehung, egal wie unwahrscheinlich das ist, erfüllt ist, warum soll nicht in diese Richtung ermittelt werden?

Wenn Sie diese Tätigkeit abenteuerlich bezeichnen, so bleibt Ihnen das natürlich unbenommen. Habe Sie doch Vertrauen in unsere Strafverfolgungsbehörden, Frau Kollegin! Wenn da was zu finden ist, finden die das auch.

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 8. April 2018, 23:39

Den Erklärungen von Minister Drachensteiner habe ich nichts hinzuzufügen. Ich bitte zu beachten, dass diese zu einem anderen Zeitpunkt abgegeben wurden. Und ich bin mir sicher, nach bestem Wissen und Gewissen.

Bei einem zukünftigen Erkenntnisgewinn, könnten meine Erklärungen von heute auch überholt sein. Insoweit muss man das relativieren.

Das Innenministerium kann zur Zeit nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen, ob alle betroffenen Personen registriert wurden. Es ist möglich, dass sich diese Zahl noch im Laufe der Ermittlungen verändert.

Ein Armutszeugnis? Nun ja, vielleicht sollten wir darüber reden was uns wichtiger ist? Schnelligkeit oder Gründlichkeit? Ich bin für Nummer 2, und Sie Herr Kollege Henriksson?

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 9. April 2018, 00:00

Werter Herr Minister, habe ich vollstes Vertrauen in unsere Strafverfolgungsbehörden. Gleichsam kritisiere ich weniger Ihre Mitarbeiter, sondern Sie als politisch Verantwortlichen, der hier nur halbherzig Auskunft über einen öffentlich relevanten, in Ihrem Ressort zu verortenden Vorgang erteilt. Dieses Haus hat die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, was im Laufe dieser Aussprache auch versucht wird zu tun. Ich verstehe auch nicht, warum Sie sich so zieren. Der konkrete Vorgang im November betrifft Sie doch nicht persönlich, umso mehr hatte ich auf Ihr Aufklärungsinteresse gehofft.

Ihre Wiederholung zum genauen Zeitpunkt ist unbefriedigend, wie Sie selbst erahnen können. Dieser Zeitpunkt ist durchaus politisch relevant, etwa um festzustellen, wann der Verwaltung klar wurde, dass möglicherweise eine Straftat vorliegen könnte. Mit Ihrer Formulierung „von Amts wegen“ tut sich weiters die Frage auf, aufgrund welcher Regelung die StA – pardon, Juristen neigen zur Abkürzung ... –, die Staatsanwaltschaft ohne Antrag das Ermittlungsverfahrens eingeleitet hat. Oder wer hat amtswegig wie was eingeleitet? Nur weil eine Behörde etwas tut, ist es nicht zwingend „von Amts wegen“, vielleicht nur eine unsaubere Formulierung?

Also, da Sie Wiederholungen so mögen, erlauben Sie sicherlich: Wann wurde die genannte Anzeige erstattet? Welche Straftatbestände kommen in Frage?

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 9. April 2018, 00:37

Zitat von Heinrich Abeken

Ein Armutszeugnis? Nun ja, vielleicht sollten wir darüber reden was uns wichtiger ist? Schnelligkeit oder Gründlichkeit? Ich bin für Nummer 2, und Sie Herr Kollege Henriksson?

Sie konstruieren hier einen Gegensatz, den ich so nicht sehe. Manche Fragen können in weniger als einem halben Jahr in aller Gründlichkeit beantwortet werden. Grundsätzlich würde ich davon ausgehen, dass die Frage, ob mindestens ein Betroffener unfreiwillig an der Übung beteiligt war, dazu zählt. Wenn das nicht der Fall ist, stellt sich mir die Frage, worin die Schwierigkeit besteht. Gibt es denn teilweise Uneinigkeit zwischen den Betroffenen und der Regierung, was ihre Freiwilligkeit angeht?

Minister Drachensteiner hat damals überhaupt keine ehrenamtlichen Beteiligten erwähnt. Von nur Unfreiwilligen bis zu möglicherweise gar keinen Unfreiwilligen ist es ein sehr weiter Weg. Wie kommt diese ins Gegenteil geänderte Einschätzung zustande?

Beitrag von „Lars Thomasson“ vom 9. April 2018, 07:35

Das sehe ich ähnlich. die ursprüngliche Erklärung Ihres Herrn Vorgängers nannte ausdrücklich eine konkrete Zahl von Menschen, die unbeteiligt geesen seien und behandelt worden seien. Die sind ja sogar mit lachhaften 4000 Tura "entschädigt" worden. Da gibt es nichts zu beschönigen. Was Sie jetzt von sich geben klingt da völlig anders und ist nicht dazu geeignet, das zerstörte Vertrauen in die Föderationsregierung wiederherzustellen

Sie wollen verwertbare Erkenntnisse. Die liegen Ihrem Amtsvorgänger ganz offensichtlich vor. Bevor Sie in der Presse rumlabern, lesen Sie bitte die Akten.

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 9. April 2018, 10:26

Ich rufe den Abgeordneten Thomasson zur Ordnung. Im Hohen Hause wird nicht "rumgelabert".

Beitrag von „Markus Freinberger“ vom 9. April 2018, 20:06



verfolgt die Debatte im Fernsehen. Der RTA überträgt natürlich unzensiert.

Beitrag von „Lars Thomasson“ vom 9. April 2018, 20:32

Hab ich auch nicht gesagt. Ich habe von der Presse gesprochen, nicht von der Envau

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 9. April 2018, 20:47



Ordnungsmaßnahmen des Parlamentsvorstands lässt man lieber unkommentiert...